

MENSCHENRECHTE VERTEIDIGEN

---

PolicyPaper

2026-09

---



# MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE VERTEIDIGEN.

Herausforderungen in Zeiten von Shrinking Spaces

---

VON SABINE FERENSCHILD

## ABSTRACT / ZUSAMMENFASSUNG

---

**W**orldwide, democracy and civil society are increasingly under pressure. Press, assembly and union rights are being restricted; NGOs criminalized, and minorities deliberately targeted. Even Western democracies such as Germany are affected: rightwing shifts, attacks on independent media, repression against climate and human rights activists, and transnational intimidation are all on the rise. Globally, authoritarian regimes are intensifying surveillance, violence, and imprisonment. These developments show that shrinking civic spaces threaten the rule of law and democracy and require decisive political counteraction.

According to CIVICUS, only 39 out of 198 countries are still classified as open, while 73% of the world's population lives in repressed or closed societies. The category of restricted societies is growing particularly fast – Germany has also been downgraded. Rightwing shifts and anti-NGO narratives undermine the legitimacy of civil society work. Governments use intimidation, police violence, restrictive laws and transnational repression as key instruments of restriction. In many countries, protests are suppressed, activists threatened or imprisoned, and NGOs monitored or criminalized. Trade unions are also facing increasing pressure worldwide. Although some improvements follow government changes, in many states – such as China, India and Turkey – authoritarian tendencies continue unabated.

Despite global repression, the desire for democracy remains strong; in many places, activists, journalists and human rights defenders risk their lives. Protecting them and strengthening democratic structures requires determined action. For Germany, this means safeguarding freedom of expression and assembly, prosecuting hate speech, withholding support from discriminatory organizations, implementing UN recommendations, training police in human rights, and combating transnational repression. At the EU level, Germany should strengthen human rights standards and clearly address authoritarian practices, including in China. Internationally, it must support vulnerable groups and promote civil society in the long term. Companies should respect human rights in their supply chains and protect trade unions, while municipalities and churches should critically assess partners and strengthen minority rights. Civil society networking remains essential.

**W**eltweit geraten Demokratie und Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck. Presse, Versammlungs- und Gewerkschaftsrechte werden eingeschränkt, NGOs kriminalisiert und Minderheiten gezielt angegriffen. Auch westliche Demokratien wie Deutschland sind betroffen: Rechtsruck, Angriffe auf unabhängige Medien, Repression gegen Klima- und Menschenrechtsaktivist\*innen sowie transnationale Einschüchterung nehmen zu. Global verschärfen autoritäre Regime Überwachung, Gewalt und Haftstrafen. Die Entwicklungen zeigen: Schrumpfende zivilgesellschaftliche Räume bedrohen Rechtsstaat und Demokratie und erfordern entschlossenes politisches Gegensteuern.

Laut CIVICUS gelten nur noch 39 von 198 Ländern als offen, während 73 % der Weltbevölkerung in unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften leben. Besonders stark wächst die Kategorie der beschränkten Gesellschaften – auch Deutschland wurde herabgestuft. Rechtsruck und Anti-NGO-Narrative untergraben die Legitimität zivilgesellschaftlicher Arbeit. Regierungen nutzen Einschüchterungen, polizeiliche Gewalt, restriktive Gesetze und transnationale Repression als zentrale Instrumente zur Einschränkung. In zahlreichen Ländern werden Proteste unterdrückt, Aktivist\*innen bedroht oder inhaftiert und NGOs überwacht oder kriminalisiert. Auch Gewerkschaften geraten weltweit stärker unter Druck. Zwar gibt es einzelne positive Entwicklungen nach Regierungswechseln, doch in vielen Staaten – etwa China, Indien oder der Türkei – setzen sich autoritäre Tendenzen ungebremsst fort.

Trotz globaler Repression bleibt das Streben nach Demokratie ungebrochen; vielerorts riskieren Aktivist\*innen, Journalist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen ihr Leben. Um sie zu schützen und demokratische Strukturen zu stärken, braucht es entschlossenes Handeln. Für Deutschland bedeutet dies u.a.: Meinungs- und Versammlungsfreiheit sichern, Hassrede konsequent verfolgen, diskriminierende Organisationen nicht fördern, Empfehlungen der Vereinten Nationen umsetzen, Polizei in Menschenrechten schulen und transnationale Repression bekämpfen. Auf EU-Ebene sollte Deutschland Menschenrechtsstandards stärken und autoritäre Praktiken, etwa in China, klar adressieren. International gilt es, besonders gefährdete Gruppen zu unterstützen und Zivilgesellschaft langfristig zu fördern. Unternehmen sollen Menschenrechte in Lieferketten achten und Gewerkschaften schützen, während Kommunen und Kirchen Partner kritisch prüfen und Minderheitenrechte stärken sollten. Zivilgesellschaftliche Vernetzung bleibt dabei zentral.

# SHRINKING SPACES. STIMMEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

## Bangladesch

„Die Übergangsregierung will „die internationalen Arbeitsnormen erfüllen (...), um menschenwürdige Arbeit für die Beschäftigten zu fördern. Es ist aber auch festzustellen, dass einige Arbeiter\*innen ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil ihre Fabriken aus verschiedenen Gründen geschlossen wurden, und zwar nicht nur in der Textilindustrie, sondern auch in anderen Sektoren. Während dieser Zeit gingen die Arbeiter\*innen für verschiedene Forderungen auf die Straße. Während der Proteste und Bewegungen kam es zu Arbeitsunruhen, und viele Arbeiter\*innen wurden verletzt und von den Vollzugsbehörden verhaftet. Die Situation verbessert sich ...“

Nazma Yesmin, Bangladesh Institute for Labour Studies

## China

„China ist zunehmend autoritär geworden. Jede Form von sozialem Protest wird unerbittlich unterdrückt. Viele Menschen, die sich für Arbeitsrechte einsetzen, sind inhaftiert. Arbeitsrechtliche Nichtregierungs-Organisationen dürfen nicht mehr aktiv werden. Die Regierung glaubt, Proteste eindämmen zu können, wenn sie nur diese Aktivist\*innen und Aktivistinnen unter Kontrolle halten könnte.“

Anonym

## Äthiopien

„Auf politischer Seite gibt es praktisch keine nennenswerten Oppositionsparteien mehr. Die meisten sind praktisch handlungsunfähig, da ihre Führer und Mitglieder regelmäßig inhaftiert oder Opfer aller Arten von Menschenrechtsverletzungen werden. Es ist fast unmöglich, eine Partei zu finden, deren Mitglieder nicht von Entführung, Inhaftierung oder Schlimmerem betroffen sind. (...) Was die Zivilgesellschaft angeht, so befinden sich die meisten Organisationen im Koma.“

Anonym, Organisation für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht am Horn von Afrika (OJAH)

## Ghana

„Ich kam nach Berlin. Denn in Ghana hätte ich meine Stimme nicht mehr erheben können. Ich war eingesperrt wie im Käfig.“

Angel Maxine, LGBTQ+ Aktivistin aus Accra

## Indien

„Bewegungen verlagern sich (...) von proaktiver Interessenvertretung zu defensivem Überleben. Gerichtsverfahren zehren an den finanziellen Mitteln und Kapazitäten, insbesondere wenn Gruppen nach Aufruhr- oder Anti-Terror-Gesetzen angeklagt werden. Einige Unternehmen versuchen, daraus Profit zu schlagen. Durch die eingeschränkte öffentliche Kontrolle ihres Handelns können sie die Überwachung am Arbeitsplatz und gewerkschaftsfeindliche Taktiken zum alltäglichen Standard machen.“

Anonym

## Mexiko

„Ständige Angriffe in den sozialen Netzwerken, Versuche, uns im öffentlichen Raum zu diskreditieren, unsere Meinungen herabzusetzen und zu untergraben und, was noch schlimmer ist, durch Hassreden zu Gewalt gegen uns anzustiften. Das ist genau das, was ich und viele von uns kontinuierlich erleben. Dies ist auch ein Einfallstor für viel Schlimmeres, z.B. Angriffe gegen unsere körperliche Unversehrtheit oder unsere geistige und emotionale Stabilität. Das alles sind Warnsignale, die wir erkennen und auf die wir reagieren müssen.“

Anonym

## Türkei

„Sie machen alles, um unsere Organisierung zu behindern. Ständig wechseln deswegen die Mitgliederzahlen. Damit haben wir derzeit am meisten zu kämpfen. Da unsere Kader selbst Arbeiter\*innen sind, haben unabhängige Gewerkschaften größere Schwierigkeiten. Denn die Gewerkschafter\*innen arbeiten und leiten die Gewerkschaft. Als unabhängige Gewerkschafter\*innen haben wir auch finanzielle Probleme. All das erschwert die Arbeit von unabhängigen Gewerkschaften.“

Ayşe Büşra Yılmaz, Gewerkschafterin

## Ecuador

„Die Realität in unserem Land ist, dass wir zwar laut Verfassung das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit haben, doch das existiert nur auf dem Papier. Wenn ein Unternehmen erfährt, dass sich Arbeiter\*innen organisieren, werden sie praktisch ausgegrenzt und entlassen. Wir fühlen uns von den Gesetzen im Stich gelassen, weil sie schlichtweg nicht angewendet werden. Wir wissen nicht, an wen wir uns wenden sollen. [...]. Kurz gesagt, wir fühlen uns verlassen.“

Anonym

### Quellen:

Die Zitate stammen aus Interviews, die SÜDWIND im Jahr 2025 mit Partner\*innen aus den Ländern geführt hat. Nur die Zitate aus China und der Türkei wurden aus der jüngeren Literatur übernommen. Die entsprechenden Quellenangaben finden sich in den Länder-Factsheets am Ende dieses Policy Papers (s. Seite 13). Einige der Interviewpartner\*innen wollten anonym bleiben.

# EINFÜHRUNG

---

Unter dem Titel „A Spirit of Dialogue“ fand im Jahr 2026 das Weltwirtschaftsforum in Davos statt. Es formulierte den Anspruch, globale Herausforderungen durch Austausch, Offenheit und Kooperation zu bewältigen. Doch weltweit steht dieser Anspruch zunehmend im Widerspruch zur politischen Realität. In immer mehr Ländern geraten demokratische Grundprinzipien, Menschenrechte und rechtsstaatliche Strukturen unter Druck. Besonders betroffen ist dabei die Zivilgesellschaft – ein zentraler Pfeiler lebendiger Demokratien.

Einer aktiven und unabhängigen Zivilgesellschaft kommt eine Schlüsselfunktion für das Funktionieren demokratischer Systeme zu. Sie zeigt Machtungleichgewichte auf, fordert politische Verantwortlichkeit ein und setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten, globale Gerechtigkeit, Klimaschutz sowie für die Rechte marginalisierter Gruppen ein. Ähnlich wie eine freie Presse ist sie unverzichtbar für politische Teilhabe, Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns. Wo Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteur\*innen eingeschränkt werden, ist dies ein deutliches Warnsignal für eine schleichende Erosion von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ([vgl. Ferenschild / Knoke 2025](#)).

Diese Einschränkungen vollziehen sich selten abrupt. Der Übergang von (halb-)demokratischen zu autoritären Regimen ist meist ein schrittweiser Prozess ([vgl. Campos 2025](#)). Weltweit lässt sich dennoch ein klarer Trend beobachten: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Gewerkschaftsfreiheit und das Engagement von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden zunehmend beschnitten bzw. weiter eingeengt. Dies zeigen viele der Länderbeispiele aus dem nächsten Kapitel. Häufig beginnen diese Entwicklungen mit gezielten Angriffen auf einzelne Gruppen – etwa Arbeiter\*innen und ihre Gewerkschaften, religiöse oder ethnische Minderheiten, Migrant\*innen oder queere Menschen – sowie auf Organisationen, die sich für deren Rechte einsetzen. Instrumente reichen von restriktiven Gesetzen zur Finanzierung zivilgesellschaftlicher Arbeit über Kriminalisierung und Diffamierung bis hin zu Inhaftierungen, fehlendem Schutz und gezielter Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen, Umweltaktivist\*innen und/oder Gewerkschafter\*innen. Auch

deren Familien werden häufig Opfer solcher Angriffe. In der Fachdebatte werden diese Entwicklungen unter dem Begriff der „Shrinking Spaces“ zusammengefasst.

Auch Deutschland, bzw. die westlichen Länder inklusive der USA, wo die Polizei- und Zollbehörde ICE massive und gewalttätige Angriffe auf Migrant\*innen und zivilgesellschaftliche Proteste ausübt, ist von diesen Dynamiken nicht unberührt. Der zunehmende Rechtsruck stellt bislang als stabil geltende demokratische Institutionen infrage. Die Gefährdung der Unabhängigkeit von Presse und Justiz unter der PIS-Regierung in Polen, die damit zugleich die Gewaltenteilung aushöhlte, ist ein deutliches Beispiel hierfür ([vgl. lpb 2025: o.p.](#)). Aber auch die Kooperation zwischen konservativen und rechtsextremen Kräften im Europaparlament bei der Aushöhlung von Sorgfaltspflichten-gesetzen zeigt eine beunruhigende Dynamik.

Dass politische Mehrheiten auch in Deutschland mit einer Partei wie der AFD gesucht werden, die als Ganzes als rechtsextremistischer Verdachtsfall und in Teilen als gesichert rechtsextrem vom Verfassungsschutz eingestuft wird, markiert eine neue Qualität der Bedrohung ([vgl. Hummelsheim / Neu 2025](#); [Mediendienst Integration 2024: o.p.](#)). Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass auf einen solchen Rechtsruck häufig Repressionen gegen zivilgesellschaftliches Engagement folgen. Ein konkretes Beispiel hierfür ist Italien, wo seit Amtsantritt der Regierung Meloni im Jahr 2022 zivilgesellschaftliche Aktivitäten von Klimaprotesten bis LGBTQI+<sup>1</sup> gemäßregelt und mit Strafandrohungen belegt werden ([vgl. Bianchi 2025: o.p.](#)). In Deutschland sind in den letzten Jahren insbesondere Klimaaktivist\*innen zunehmend unter Druck geraten. Bewegungen wie die „Letzte Generation“ oder „Ende Gelände“ wurden kriminalisiert, gewaltfreie Protestformen diffamiert und durch Begriffe wie „[Klimaterroristen](#)“ delegitimiert – ein Vorgehen, das elementare demokratische Prinzipien der Meinungs- und Versammlungsfreiheit infrage stellt. Besorgniserregend sind zudem die Behinderungen von Palästina-Solidaritätsbekundungen, aber auch politische Rückschritte im Bereich der Gleichstellung und Antidiskriminierung, etwa durch das faktische Auslaufen des Aktionsplans „Queer Leben“ ([vgl. LSVD 2026](#)), sowie verbale und physische Übergriffe auf Medienschaffende.

---

<sup>1</sup> Die Abkürzung LGBTQI+ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, intergeschlechtliche und queere Menschen und weitere Geschlechtsidentitäten.

Gleichzeitig gewinnt transnationale Repression auch in Deutschland an Bedeutung: Autoritäre Staaten wie China, Russland oder der Iran verfolgen Dissident\*innen, Journalist\*innen und Aktivist\*innen über Landesgrenzen hinweg. Diese Form der Einschüchterung ist Teil hybrider Kriegsführung, wird im Verfassungsschutzbericht thematisiert und ist im Koalitionsvertrag als Problem benannt (vgl. Hoffmann 2026). Initiativen wie die „Koalition gegen transnationale Repression“ machen deutlich, dass diese Bedrohung real ist und entschlossenes politisches Gegensteuern erfordert.

Global betrachtet sind die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft oft noch drastischer. In vielen Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Lateinamerikas – auch dort, wo Partnerorganisationen von SÜDWIND tätig sind – reichen die Maßnahmen von Überwachung und Einschüchterung über willkür-

liche Haftstrafen bis hin zu Mord (vgl. Ferenschild 2026). Dabei lernen autokratische Regime voneinander und übernehmen bewährte Instrumente der Unterdrückung wie z.B. die Gesichtserkennung, die bei Protesten in immer mehr Ländern – u.a. in China, Indien oder der Türkei – eingesetzt wird (vgl. Schwarzbeck 2025).

Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, die Entwicklungen der letzten Jahre genauer zu betrachten. Anhand konkreter Beispiele gilt es zu verstehen, wie und warum Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schrumpfen – und welche politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen erforderlich sind, um Menschenrechte und Demokratie wirksam zu verteidigen und zu stärken. Dieses Policy Paper richtet den Blick deshalb auf mögliche politische Maßnahmen, mit denen zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume gestärkt werden können.

## ALARMIERENDE TRENDS: RESTRIKTIVE GESETZE UND GEWALT

Die aktuellen Trends sind alarmierend: In vielen, wenn nicht sogar den meisten Ländern verschlechtert sich die Menschenrechtsslage deutlich. Eigentlich wäre es Aufgabe eines demokratischen Staates und der nationalen Regierungen, Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft zu schaffen, zu stärken und zu schützen. Doch gegenwärtig vergrößert sich eher die Diskrepanz zwischen der rechtlichen Verankerung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit und ihrer Umsetzung in vielen Ländern (vgl. Ferenschild / Knoke 2025: 13).

Mittlerweile gelten für den CIVICUS Monitor, einem Recherchetool, das den Status der Zivilgesellschaft und grundlegender Freiheitsrechte pro Land erfasst, nur noch 39 von 198 Staaten der Welt als offene Gesellschaften, während 83 Staaten als geschlossene bzw. unterdrückte Gesellschaften eingestuft werden. In diesen 83 Staaten leben 73 % der Weltbevölkerung, während es in den offenen bzw. beeinträchtigten Gesellschaften nur 7,5 % sind (vgl. CIVICUS 2025: 8f.). Mit Indien und China befinden sich die beiden mit Abstand bevölkerungsreichsten Staaten in den unteren beiden Kategorien, genauso wie die ebenfalls bevölkerungsreichen Staaten Pakistan, Nigeria, Bangladesch, Russland und Äthiopien.

Am stärksten ist die Kategorie der beschränkten Gesellschaften gewachsen (um rund 5 % im Vergleich zum Vorjahr), zu denen nun auch Deutschland gezählt wird. Ebenso wie 14 andere Staaten ist Deutschland im aktuellen CIVICUS Monitor um eine Kategorie herabgestuft worden, nur drei (afrikanische) Staaten haben sich in der Kategorisierung verbessert (vgl. a.a.O.: 7). Vor allem im Globalen Norden gab es in jüngster Zeit zunehmende Verletzungen zivilgesellschaftlicher Freiheiten in Bezug auf Proteste, die mit dem Israel-Palästina-Konflikt verbunden waren (vgl. a.a.O.: 9).

TABELLE 1: IN WAS FÜR GESELLSCHAFTEN  
LEBEN DIE MENSCHEN?  
(IN % DER WELTBEVÖLKERUNG)

Kategorie	Anteil der Weltbevölkerung
offen	3,4%
beeinträchtigt	3,8%
beschränkt	19,9%
unterdrückt	42,3%
geschlossen	30,7%

Eigene Darstellung nach: CIVICUS 2025: 8

## RECHTSRUCK IN VIELEN LÄNDERN ALS EINE URSACHE

In vielen Ländern erleben rechtsorientierte Kräfte Aufwind. Bei Wahlen werden rechtsextreme Kräfte, wie z.B. die in Teilen rechtsextreme AFD in Deutschland, immer stärker. Dies hat Auswirkungen auf die Akzeptanz zivilgesellschaftlichen Handelns in der Bevölkerung. Die Anfeindungen gegenüber Organisationen, die sich für Menschenrechte, Minderheiten oder Umwelt einsetzen, nehmen zu (vgl. Becker / Bohn / Brenn et. al. 2021). Das so entstehende Misstrauen reicht bis in die konservative Mitte der Bundespolitik. So stellte die CDU/CSU-Fraktion Anfang 2025 im Bundestag eine kleine Anfrage zur staatlichen Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gab dort nicht näher spezifizierte „Stimmen“ wieder, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt“, sehen ([Deutscher Bundestag 2025: 1](#)). Diese Anfrage steht exemplarisch für ein wachsendes „Anti-NGO-Narrativ“ (Hummelsheim / Neu 2025: o.p.). Auch der jüngste Vorstoß der CSU gegen das staatlich geförderte Programm „Demokratie leben“ gehört in diesen Duktus (vgl. [DIE ZEIT 2026: o.p.](#)). Mit der Infragestellung zivilgesellschaftlicher Legitimität wird aber auch das „Ideal der vielfältigen und demokratischen Gesellschaft“ und damit „das Fundament der offenen Gesellschaft selbst“ infrage gestellt (Becker / Bonn / Brenn et. al. 2021: 1).

## WIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE RÄUME DEMONTIERT WERDEN

Regierungen und regierungstreue Kreise wenden vielfältige Methoden an, um ihnen unangenehme bis gefährliche Proteste einzuschränken oder im Keim zu ersticken. Diese Methoden sind in der Realität oft miteinander verschränkt, lassen sich aber grob in vier Kategorien einordnen:

- ▶ Einschüchterung / Bedrohung / Stigmatisierung
- ▶ Polizeiliche Maßnahmen / Gewaltanwendung
- ▶ Gesetzliche / rechtliche Maßnahmen
- ▶ Transnationale Repression

Die Demontage zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume beginnt häufig mit **Einschüchterung, Denunziation, Bedrohungen oder Stigmatisierung**: Demonstrierende werden zum Beispiel auch in demokratischen Gesellschaften als „[Klimaterroristen](#)“ (so Stefan Brandner, MdB AFD) oder „[Inlandsterroristen](#)“ (wie im Fall der von ICE in den USA getöteten Renee Good; vgl. [Wertheimer 2026: o.p.](#)) bezeichnet. In anderen Fällen werden zivilgesellschaftliche Akteur\*innen bei Übergriffen, die nicht vom Staat selbst ausgehen, nicht geschützt bzw. Täter\*innen gehen straffrei aus. Das Ziel hinter vielen dieser Instrumente ist es, unlieb-

same Personen oder Organisationen einzuschüchtern, ihnen die öffentliche Anschlussfähigkeit zu entziehen und sie somit mundtot zu machen.

Wie verbreitet **Polizeieinsätze, Inhaftierung und Gewaltanwendung** sind, zeigt eine aktuelle CIVICUS-Aufzählung: In mindestens 82 Ländern wurden Protestierende inhaftiert. Journalist\*innen waren in mindestens 73 Ländern betroffen, und Menschenrechtsverteidiger\*innen in mindestens 71 Ländern. In mindestens 70 Ländern wurden Proteste polizeilich abgebrochen oder verhindert; in mindestens 67 Ländern setzten die Sicherheitskräfte dabei exzessive Gewalt ein. Häufig gingen polizeiliche Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Proteste direkt mit der Inhaftierung von Demonstrierenden einher (vgl. CIVICUS 2025: 10f.). Zu den Inhaftierten gehören auch Gewerkschafter\*innen, die sich für Arbeitsrechte und Streiks engagieren (vgl. a.a.O.: 19).

Beunruhigend ist vor allem die Zunahme an Gesetzen, die in vielen Ländern die zivilgesellschaftliche Arbeit behindern: In mindestens 66 Ländern wurden **restriktive Gesetze** angenommen oder vorgeschlagen, die die Gründung, Finanzierung und Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen (digital) überwachen, erschweren oder behindern sollen (vgl. CIVICUS 2025: 21). Aber auch bestehende Regularien und Methoden, wie Zensur oder eine willkürliche Auslegung existierender Gesetze, fallen in diese Kategorie, ebenso wie die stark zunehmenden Gesetze gegen „ausländische Agent\*innen“ (vgl. ebd.). Auch Transparenzregeln oder Anti-Terror-Gesetze werden herangezogen, um die Arbeit von NGO besser kontrollieren zu können (vgl. a.a.O.: 22; Ferenschild / Knoke 2025: 14). Nicht zu vernachlässigen ist die Wirkung restriktiver Gesetze auf nicht-staatliche Akteur\*innen wie z.B. Unternehmen oder Großgrundbesitzer\*innen: in einem restriktiven Umfeld tendieren sie eher dazu, gewerkschaftliche bzw. zivilgesellschaftliche Akteur\*innen einzuschüchtern und / oder zu verklagen.

Wird die Gefahr für zivilgesellschaftliches Engagement im eigenen Land zu groß, fliehen Menschen in andere Länder. Aber auch dort sind sie immer häufiger nicht vor **transnationaler Repression** sicher, die ihr Herkunftsland gegen im Ausland lebende Dissident\*innen ausübt. Diese kann aus Beobachtung, Bedrohung, Verfolgung bis hin zu Entführung und Ermordung reichen. Der CIVICUS-Report schätzt das Risiko als besonders groß im Asien-Pazifik-Raum, aber auch am Horn von Afrika, in der MENA-Region sowie in Nicaragua und Venezuela ein (vgl. CIVICUS 2025: 20). Selbst in Deutschland sind laut Verfassungsschutzbericht 2024 in Deutschland lebende Staatsangehörige aus China, der Türkei oder Indien durch transnationale Repression gefährdet ([vgl. Bundesministerium des Inneren 2025: 319ff](#)).

TABELLE 2: RATIFIZIERUNGEN DER KERNARBEITSNORMEN NACH LAND, 2024

Kernarbeitsnormen	Kenia	Ghana	Türkei	Bangladesh	China	Indien	Kolumbien	Mexiko	Ecuador	Äthiopien
<b>C029</b> – Zwangsarbeit	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C087</b> – Vereinigungsfreiheit	○	●	●	●	○	○	●	●	●	●
<b>C098</b> – Organisationsfreiheit und Kollektivverhandlungen	●	●	●	●	○	○	●	●	●	●
<b>C100</b> – Gleiche Bezahlung	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C105</b> – Abschaffung der Zwangsarbeit	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C111</b> – Anti-Diskriminierung	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C138</b> – Mindestalter	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C155</b> – Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz	○	○	●	○	●	○	○	●	○	●
<b>C182</b> – Schlimmste Formen der Kinderarbeit	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
<b>C187</b> – Förderung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz	○	○	●	○	○	○	○	○	○	○

● ratifiziert ○ nicht ratifiziert

Quelle: ILO o.J.

Ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft sind die Gewerkschaften. Die Rechte bei der Arbeit, die als Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verankert sind (Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Freiheit von Zwangs- und Kinderarbeit, keine Diskriminierung, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz), gelten als Menschenrechte. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Ratifizierung der Menschenrechte bei der Arbeit in den unten betrachteten Schwerpunktländern.

Gewerkschafter\*innen lassen sich in diesem Sinne als Menschenrechtsverteidiger\*innen verstehen. Es ist also nicht verwunderlich, dass auch sie sowie Gewerkschaften vom wachsenden Druck auf die Zivilgesellschaft betroffen sind. Laut ILO hat sich im Zeitraum 2015 – 2021 die Situation für die Vereinigungsfreiheit in 43 % der Länder ver-

schlechtert, in 35 % gab es aber auch Verbesserungen (vgl. ILO 2023: 3). Gewerkschaften gehen davon aus, dass das für die Vereinigungsfreiheit elementare Streikrecht in neun von zehn Ländern verletzt wird (vgl. ITUC 2024: 7).

### SHRINKING SPACES KONKRET

Auch beim Blick auf konkrete Länder hilft der CIVICUS-Monitor für einen guten Überblick auf noch vorhandene bzw. schrumpfende Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. CIVICUS teilt die Gesellschaften auf einer Punkteskala von 1 – 100 in insgesamt sechs Kategorien ein.

Schaut man sich das Rating aus den letzten Jahren für die zehn Länder an, die SÜDWIND im Rahmen des Projekts „Shrinking Spaces“ schwerpunktmäßig betrachtet hat und nimmt noch Deutschland hinzu, dann fällt zunächst auf, dass

es in keinem der Länder in den letzten Jahren Verbesserungen in der Gesamtbewertung gegeben hat (s. Tabelle 4). Im Gegenteil:

- ▶ In vier Ländern ist die Lage unvermindert schlecht (China, Türkei, Mexiko, Kolumbien) bzw. sie hat sich nicht derartig verschlechtert oder verbessert, dass das Land in eine andere Kategorie eingeordnet wurde.
- ▶ In fünf Ländern fand eine Abstufung um eine Kategorie statt (Äthiopien, Indien, Kenia, Ecuador, Ghana).
- ▶ Bangladesch sank zwischenzeitlich um eine Kategorie auf „geschlossen“ ab.
- ▶ Deutschland ist das einzige Land, das in den letzten Jahren um zwei Kategorien herabgestuft wurde.

Die jüngste Herabstufung Deutschlands von einer „beeinträchtigten“ zu einer „beschränkten“ Gesellschaft begründet CIVICUS vor allem mit dem massiven Vorgehen von Polizei und Politik gegen pro-palästinensische Demonstrationen während Israels Krieg im Gazastreifen (vgl. CIVICUS 2025: 72). Aber auch die zum Teil gewaltsam unterdrückten Proteste gegen die CDU nach deren gemeinsamer Abstimmung mit der AfD im Bundestag Anfang 2025 sowie die oben schon genannte

Kleine Anfrage der CDU zur NGO-Finanzierung (die 551 Fragen umfasste) finden Erwähnung. Die zuvor erfolgte Abstufung im Jahr 2023 von einer „offenen“ zu einer „beeinträchtigten“ Gesellschaft stand im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Klimaproteste (vgl. CIVICUS 2023: 42). In diesen Kontext passt auch die Einschätzung von Reporter ohne Grenzen, die in Deutschland eine abnehmende Medienvielfalt sowie Bedrohungen, Belästigungen und körperliche Übergriffe auf Medienschaffende, insbesondere auf Journalist\*innen, People of Colour und auf Journalist\*innen, die über Themen wie Gender und Rassismus berichten, beobachtet. Viele Angriffe, ob verbal oder physisch, stehen auch im Kontext der Nahostberichterstattung. Trotz dieser beunruhigenden Entwicklungen stuft Reporter ohne Grenzen Deutschland noch auf Platz 11 der Rangliste aller Länder ein (vgl. Reporter ohne Grenzen 2025).

TABELLE 3:  
RANGLISTE DER PRESSEFREIHEIT (2025)

Land	Rang
Deutschland	11
Ghana	52
Ecuador	94
Kolumbien	115
Kenia	117
Mexiko	124
Äthiopien	145
Bangladesch	149
Indien	151
Türkei	159
China	178

Quelle: [RSF 2025](#)

Kategorie	Punkte
geschlossene Gesellschaft (closed)	1–20
unterdrückte Gesellschaft (repressed)	21–40
beschränkte Gesellschaft (obstructed)	41–60
beeinträchtigte Gesellschaft (narrowed)	61–80
offene Gesellschaft (open)	81–100

TABELLE 4: CIVICUS-RATING DER SCHWERPUNKTLÄNDER (2018-2025)

Länder	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
China								10 Pkte.
Äthiopien								20 Pkte.
Türkei								23 Pkte.
Bangladesch								29 Pkte.
Indien								30 Pkte.
Kenia								31 Pkte.
Mexiko								40 Pkte.
Kolumbien								40 Pkte.
Ecuador								47 Pkte.
Deutschland								60 Pkte.
Ghana								60 Pkte.

Quelle: <https://monitor.civicus.org/data/>

In der Kategorie „beschränkt“ des CIVICUS-Ratings findet Deutschland sich nun mit Ländern wie Ecuador und Ghana, aber auch Marokko, Mauretanien, Ungarn oder den USA. Das mag auf den ersten Blick irritieren, doch wirft man einen Blick auf die Unterschiede in der jeweiligen Punktzahl, dann liegen vor allem Ungarn, Mauretanien und Marokko mit 46, 44 bzw. 42 Punkten doch sehr weit von Deutschland mit 60 Punkten entfernt. Nichtsdestotrotz sollte diese Abstufung ernst genommen werden – auch von der Zivilgesellschaft in Deutschland.

Blickt man auf die zehn Schwerpunktländer, die SÜDWIND in je einem Länder-Factsheet bzw. in der Studie „Bedrohte Zivilgesellschaft“ (vgl. Ferenschild / Knoke 2025) betrachtet hat, dann erkennt man in allen von ihnen einen oder mehrere der genannten Trends der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume wieder<sup>2</sup>:

► Menschenrechtsaktivist\*innen werden u.a. in Ecuador, Ghana, Kenia, Kolumbien, Mexiko und der Türkei eingeschüchtert und bedroht. Während in den lateinamerikanischen Ländern vor allem Menschen betroffen sind, die sich für Landrechte einsetzen und aus indigenen Gruppen kommen, sind in Ghana vor allem queere Personen und Bewegungen betroffen. Oft sind die Bedrohungen gekoppelt mit Terrorvorwürfen, so zum Beispiel in Ecuador oder der Türkei.

► Polizeiliche Maßnahmen mit und ohne Gewalt unterdrückten die politische Opposition besonders im Umfeld von Wahlen u.a. in Äthiopien, Bangladesch und Indien. Die Straflosigkeit bei Gewalttaten durch staatliche Organe, aber auch im Fall mächtiger nicht-staatlicher Kräfte, ist bzw. war ein weitverbreitetes massives Problem in Bangladesch, Ecuador, Indien, Kenia, Kolumbien, Mexiko und der Türkei. Digitale Kontrollmaßnahmen tragen in hohem Maß zur Unterbindung von Protesten und Verfolgung von Aktivist\*innen in Äthiopien, China, Indien und Kenia bei. In Ecuador, Kolumbien und Mexiko, aber auch in Indien sind Ermordungen und Verschwindenlassen von Aktivist\*innen besonders hoch. Auch in China verschwinden unliebsame Personen bei staatlichen Zugriffen.

► Mit Hilfe restriktiver Gesetze werden Menschenrechtsorganisationen und / oder Gewerkschaften in allen betrachteten Ländern geschwächt, verboten oder unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Oft zielen die Gesetze vom Namen her auf die Verhinderung von etwas Negativem (z.B. Digitalgesetze gegen Hassrede im Netz; Anti-Terror-Gesetze gegen Sicherheitsgefährdungen). Doch werden sie in vielen Ländern wie u.a. China, Bangladesch, Indien oder der Türkei sehr

weit ausgelegt und auch gegen Menschenrechts- und Umweltgruppen angewendet. Nicht in allen Ländern wirken sich die restriktiven Gesetze so massiv aus wie in China, wo von der Partei unabhängige Menschenrechts- und Umweltschutzarbeit nur noch im Verborgenen, unter falschem Namen oder mit hohem Risiko ausgeübt werden kann. In vielen Ländern wie in Äthiopien, Bangladesch oder Indien geht es eher um den Entzug von Registrierungen oder Registrierung unter engmaschiger Kontrolle der Regierung. Doch be- und verhindern sie in den meisten Ländern den effektiven Einsatz für Menschenrechte und Umwelt. So ist zum Beispiel trotz vorhandener Arbeitsrechte in Äthiopien, Bangladesch, China, Ecuador und der Türkei die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften mit Hürden versehen oder ganz unmöglich.

► Mit China ist ein Land betrachtet worden, dass massive transnationale Repression ausübt. Neben Russland ist es wohl das Land, dessen Bürger\*innen im Exil am stärksten verfolgt und unter Druck gesetzt werden. Auch in Deutschland.

In einigen der genannten Länder gab es in den letzten Jahren allerdings auch positive Veränderungen, die Anlass zur Hoffnung geben: In Äthiopien gibt es einen Nationalen Versöhnungsprozess. In Bangladesch hat sich seit dem Sturz der Regierung unter Sheikh Hasina seit August 2024 unter der Interimsregierung von Mohammed Yunus Vieles verbessert. Es bleibt abzuwarten, wie die Entwicklung unter der neuen, im Februar 2026 gewählten Regierung weiter verläuft. In Kenia könnte der Public Benefits Act von 2024 eine stabilere und bessere Grundlage für die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen schaffen. In Mexiko gibt es seit 2020 Verbesserungen für Gewerkschaften und Interessenvertretungen. Auch in Kolumbien sind unter der 2022 neu gewählten Regierung positive Entwicklungen für die Zivilgesellschaft festzustellen.

Diese positiven Entwicklungen finden in der Regel nach Regierungswechseln (durch Wahlen oder Umsturz) statt. Mit Indien und der Türkei sind aber auch zwei Länder betrachtet worden, die sehr weit auf dem Weg zu Autokratien sind und in denen positive Entwicklungen nicht festzustellen sind. Dasselbe gilt für China.

<sup>2</sup> Die Literaturangaben zu den Factsheets finden sich im Literaturverzeichnis und am Ende dieser Studie.

# EMPFEHLUNGEN

**A**ngesichts der aufgezeigten überwiegend negativen Entwicklungen und autokratischen Tendenzen ist es beeindruckend, dass das Streben nach Demokratie und Partizipation weltweit ungebrochen bleibt – auch wenn es sich nicht mehr überall laut artikulieren kann. Trotz widriger Umstände, Repressionen und Gewalt setzen sich fast überall auf der Welt Journalist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und Aktivist\*innen für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein, oft unter Einsatz und auch Verlust ihres Lebens. Um sie in ihrem Einsatz zu schützen sowie grundsätzlich demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliche Partizipation zu sichern, sehen wir folgende Empfehlungen für Akteur\*innen in Deutschland als zentral an:

## **Die Bundesregierung sollte gegen schrumpfende Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Gruppen in Deutschland aktiv werden, indem sie:**

- ▶ Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle Gruppen, deren Forderungen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, schützt. Dazu gehört, Hassrede im Netz, von der vor allem ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, aber auch generell Frauen betroffen sind, wirkungsvoll durch Gesetze und konsequente Strafverfolgung zu unterbinden. Dabei muss sie sehr präzise fassen, was unter diskriminierender Hassrede zu verstehen ist, um nicht im Rahmen des Schutzes vor Hassrede die Meinungsfreiheit zu beschränken. In Deutschland betrifft dies laut CIVICUS vor allem die sehr vage Anti-Semitismus-Definition, die überprüft werden sollte, damit Solidaritäts-Kundgebungen /-äußerungen mit Palästina nicht zu pauschal untersagt werden (vgl. CIVICUS 2025: 98);
- ▶ Organisationen im In- und Ausland, die aktiv vulnerable Gruppen diskriminieren und kriminalisieren, überprüft und ggfs. die staatliche Unterstützung entzieht;
- ▶ die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrats sowie der Sonderberichterstatter\*innen und Arbeitsgruppen vollständig umsetzt und die Umsetzung in regelmäßigen Abständen überprüft;
- ▶ ihre Regierungsfractionen populistische Floskeln und diffamierende Äußerungen gegenüber dem/der politischen Gegner\*in meiden und stattdessen die eigenen Positionen sachlich in die politische Debatte einbringen;
- ▶ die Schulung von Polizei- und Sicherheitskräften in Menschenrechtsfragen ausbaut und dafür

auch die Kooperation mit Menschenrechtsorganisationen sucht;

- ▶ in ihrer Migrationspolitik sicherstellt, dass alle in den Grenzschutz involvierten Behörden den Schutz für politisch Verfolgte jederzeit vollständig umsetzen und die Menschenrechte wahren;
- ▶ sicherstellt, dass alle relevanten Stellen geschult sind in der Erkennung, Bekämpfung und strafrechtlichen Verfolgung transnationaler Repression;
- ▶ die Kooperation mit Institutionen und Organisationen meidet bzw. abbricht, die sich an transnationaler Repression ihrer Länder beteiligen;
- ▶ das Problem der Straflosigkeit in ihrer bilateralen Kooperation stärker thematisiert und in ihrer Entwicklungszusammenarbeit Programme der Demokratieförderung und Konfliktbearbeitung stärkt;
- ▶ sich für sichere Arbeitsbedingungen im eigenen Land sowie in den Lieferketten der einheimischen Unternehmen einsetzt. Für Deutschland und die EU beinhaltet dies eine wirksame Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes und der entsprechenden Regulierung der EU, der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD);
- ▶ bei der Entwicklung von Industrie- und Rohstoffstrategien die menschenrechtliche Lage in den Ländern berücksichtigt, die für die Umsetzung dieser Strategien relevant sind.

## **Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass**

- ▶ der EU-Menschenrechtsdialog mit China ausgesetzt wird, solange China Menschenrechtsorganisationen und -aktivist\*innen im In- und Ausland verfolgt;
- ▶ die Mitgliedsstaaten Aktivist\*innen und NGOs, die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet von transnationaler Repression betroffen sind, unterstützen;
- ▶ die EU in Handelsgesprächen und -verträgen die Bedeutung der Einhaltung von Menschenrechten thematisiert und in Form von Menschenrechtsartikeln in jeden Handelsvertrag integriert;

## **Die Bundesregierung sollte auf internationaler Ebene**

- ▶ sich auf UN-Ebene dafür einsetzen, dass die [„Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen“](#) des UN-Menschenrechtsrats zu

einem „Übereinkommen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen“ weiterentwickelt wird;

- ▶ im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spezifische Förderprogrammlinien für besonders vulnerable Gruppen (u.a. queere Personen, religiöse / ethnische Minderheiten) aufstellen und entsprechende Mittel bereitstellen. Im Dialog mit den Betroffenen sollte sie verstärkt konkrete Maßnahmen und Programme zum Schutz der Menschenrechte von besonders vulnerablen Gruppen entwickeln und fördern.
- ▶ als öffentlicher Geldgeber die Zivilgesellschaft in Nicht-EU-Drittstaaten, in denen autoritäre Entwicklungen entstehen oder sich durchsetzen, langfristig unterstützen, um die so wichtige Arbeit für Demokratie und Partizipation zu stärken. Je schwieriger es für zivilgesellschaftliche Organisationen wird, Projektgelder oder institutionelle Förderung für menschenrechtliche Arbeit aus dem Ausland entgegenzunehmen, desto wichtiger wird es, die menschenrechtliche Situation in dem entsprechenden Land in den bilateralen Beziehungen anzusprechen.

#### **Die Bundesregierung sollte in Bezug auf die hier betrachteten zehn Schwerpunktländer**

- ▶ die Regierung **Äthiopiens** darin unterstützen, einen umfassenden, opferorientierten und inklusiven Ansatz für die Übergangsjustiz zu gewährleisten und unverzüglich entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, damit geschehene Menschenrechtsverletzungen nicht straflos bleiben. Dazu muss eine sinnvolle Konsultation mit Betroffenen, Frauen, Jugendlichen, Minderheiten und der Zivilgesellschaft sichergestellt werden, in der die Betroffenen zu Wort kommen.
- ▶ den Reformprozess in **Bangladesch** auch nach den jüngsten Wahlen weiter unterstützen und dabei auf die notwendige Beteiligung von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften hinweisen. In ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollte sie zur Stabilisierung der Wirtschaft in Bangladesch, insbesondere des Textilsektors, beitragen.
- ▶ auf EU-Ebene darauf hinwirken, den Menschenrechtsdialog mit **China** auszusetzen. Sie sollte den Ausbau internetgestützter Tools zur Erfassung und Analyse von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in China fördern. Sie sollte für die öffentliche Beschaffung von Bund, Ländern und Kommunen bereits vorhandenes und zugängliches Wissen über Menschenrechtsverletzungen in China nutzen, um Wirtschaftsbeziehungen mit den direkten Profiteuren von Zwangsarbeit zu vermeiden. Sie sollte deutsche Behörden und Institutionen anweisen, jede Zusammenarbeit mit chinesischen Institutionen, die sich an transnationaler Repression beteiligen, unverzüglich einzustellen.

- ▶ **Ecuador** in der bilateralen Zusammenarbeit bei der Stärkung von Demokratisierungsprozessen unterstützen und dabei besonders die Umsetzung von Gewerkschaftsfreiheit und Arbeitsrechten in den Blick nehmen.
- ▶ die Defizite in der politischen Analyse Deutschlands im Bereich Gender-Politik in **Ghana** schließen und in diesem Kontext in die allgemeinen und asylrelevanten Länderberichte des Auswärtigen Amtes geschlechts- und sexualitätsspezifische Verfolgung aufnehmen und diese im bilateralen Austausch thematisieren.
- ▶ sich gegenüber der Regierung **Indiens** für die Einhaltung der Menschenrechte inklusive der Kernarbeitsnormen der ILO einsetzen. Sie sollte im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Initiativen zur Stärkung von Arbeitnehmer\*innenorganisationen, kulturellem Widerstand und Rechtshilfe finanzieren.
- ▶ **Kolumbiens** Regierung dabei unterstützen, individuelle und kollektive Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger\*innen, Basisorganisationen und Gemeinschaften auszuweiten und zu stärken, um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Sie sollte sich dafür einsetzen, dass die Friedensverhandlungen mit bewaffneten Gruppen nicht zur Straflosigkeit der Täter\*innen führen oder Landgewinn, der durch Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen erlangt wurde, nachträglich legalisieren.
- ▶ in der bilateralen Zusammenarbeit mit **Mexiko** ein besonderes Augenmerk auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen und Umweltaktivist\*innen legen und in diesem Kontext den Dialog zwischen mexikanischen und europäischen Menschenrechtsverteidiger\*innen und Umweltaktivist\*innen stärken.
- ▶ gegenüber der Regierung der **Türkei** auf die Freilassung von inhaftierten Oppositionellen, Journalist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen hinwirken und faire juristische Verfahren anmahnen.

#### **Wirtschaftsunternehmen sollten gegen die Verletzung von Menschenrechten in der Arbeitswelt, insbesondere in Form von Gewerkschaftsunterdrückung sowie der Unterbindung von Versammlungsfreiheit und Streiks:**

- ▶ ihre Geschäftspolitik in Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards, den ILO-Übereinkommen und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gestalten und nicht von Menschenrechtsverletzungen autoritärer Regierungen profitieren.
- ▶ auch öffentlich Meinungs- und Versammlungsfreiheit einfordern und deren Gewährleistung als Standortfaktor in ihre Auftragsvergabe einbeziehen. Dazu gehört auch, Repressionen zum

Beispiel von Streiks und großen Demonstrationen öffentlich zu verurteilen. Gerade in Ländern, die von Aufträgen für ihre Exportindustrie abhängen, wie zum Beispiel Bangladesch von der Textilindustrie, können klare Haltungen internationaler Konzerne einen großen Einfluss haben.

▶ transparente und robuste Menschenrechtsrichtlinien in ihren Lieferketten umsetzen. Dazu gehört die Gewährleistung existenzsichernder Löhne, die Förderung der Gewerkschaftsarbeit sowie die Unterstützung von Tarifverhandlungen. Auch das Vorhandensein von Betriebsgewerkschaften als Faktor für die Auftragsvergabe gehört in diesen Kontext.

▶ die Rechteinhabenden in ihre Sorgfaltspflichtenprozesse einbeziehen und in diesem Kontext funktionierende Beschwerdemechanismen für Arbeitnehmer\*innen einrichten.

**Länder und Kommunen sollten im Fall internationaler Partnerschaften:**

▶ darauf achten, dass ihr Gegenüber nicht direkt an Repressionen und Menschenrechtsverstößen

beteiligt ist. Dies gilt nicht nur in Bezug auf China. Wo dies nicht geht, muss auch ein verantwortungsvoller Rückzug eine Option sein;

▶ in ihren Partnerschaften Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten thematisieren.

**Christliche Kirchen und Hilfswerke sollten**

▶ stärker öffentlich gegen homophobe Politiken und Gesetze in ihren Partnerländern eintreten und in ihren Auslandsgemeinden keine fundamentalistischen Strömungen unterstützen.

Und schließlich ist die Zivilgesellschaft selbst ein wichtiger Akteur, um Handlungsspielräume zu verteidigen und zu erweitern. Internationale Vernetzung und Solidarität sind wichtige Stützpfiler für regional bzw. national bedrohte zivilgesellschaftliche Akteur\*innen. Mit Hilfe internationaler Vernetzung kann die Zivilgesellschaft eine wirksame Gegenmacht entfalten gegen diejenigen, die Menschenrechte im politischen, gesellschaftlichen, aber auch wirtschaftlichen Raum zu beschneiden trachten. ♦

# SÜDWIND-FACTSHEETS UND -STUDIEN

- Adams, Maïke / Dufner, Ulrike / Neu, Isabella Sophia (2025):** Zivilgesellschaft unter Druck. Ghanas LGBTQI+ von massiven Repressionen bedroht. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/aktuelle-veroeffentlichungen/beitrag/zivilgesellschaft-lgbtqi-repressionen> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Campos, Pablo (2025):** Der lange Schatten der Macht: Shrinking Spaces im Bananensektor von Ecuador. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/beitrag/shrinking-spaces-bananensektor-ecuador> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Campos, Pablo / Hummelsheim, Paula Cécilie (2025):** Zivilgesellschaft unter Druck: Mexiko – Freihandel und die Verengung gesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel des Bergbausektors. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/aktuelle-veroeffentlichungen/beitrag/2025-fs-mexiko-freihandel-bergbau> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Dufner, Ulrike / Hummelsheim, Paula Cécilie (2025):** Zivilgesellschaft unter Druck Äthiopien – ein halbes Jahr vor den Wahlen 2026. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/beitrag/shrinking-spaces-aethiopien> (zuletzt abgerufen am 10.02.2026).
- Dufner, Ulrike (2025a):** Indien auf autokratischem Kurs: Die „größte Demokratie der Welt“ im Umbruch. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/beitrag/indien-demokratie-im-umbruch> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Dufner, Ulrike (2025b):** Zivilgesellschaft unter Druck: Türkei – Herausforderungen für Gewerkschaften. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/aktuelle-veroeffentlichungen/beitrag/tuerkei-herausforderungen-fuer-gewerkschaften> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Ferenschild, Sabine (2025a):** Zivilgesellschaft unter Druck – Bangladesch: Ein Land verändert sich. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/beitrag/zivilgesellschaft-bangladesch> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Ferenschild, Sabine (2025b):** Zivilgesellschaft unter Druck – China – Souveränität und Nichteinmischung stehen über Menschenrechten. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/aktuelle-veroeffentlichungen/beitrag/factsheet-china-menschenrechte-souveraenitaet> (zuletzt abgerufen: 10.02.2026).
- Ferenschild, Sabine / Knoke, Irene (2025):** Bedrohte Zivilgesellschaft: Die Vielfältigen Dimensionen von Shrinking Spaces. URL: <https://www.suedwind-institut.de/informieren/beitrag/dimensionen-shrinking-spaces> (zuletzt abgerufen: 29.01.2026).

## LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://t1p.de/xtugm> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



## FÖRDERER



## IMPRESSUM

Bonn, April 2026

**HERAUSGEBER:**  
SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn  
Tel.: +49(0)228-763698-0  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

**BANKVERBINDUNG:**

KD-Bank  
IBAN:  
DE45 3506 0190 0000 9988 77  
BIC: GENODED1DKD

**V.I.S.D.P.**

Dr. Ulrike Dufner

**AUTORIN:**

Dr. Sabine Ferenschild,

**REDAKTION UND LEKTORAT:**

Nina Giaramita,  
Paula Hummelsheim

**GESTALTUNG:**

twotype design, Hamburg

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich.

Policy Paper:  
Menschenrechte  
und Demokratie  
verteidigen  
2026-09

